

# Weltkrisen: Die Liste der möglichen Horrorszenarien

11.01.2012 | 18:24 | MARTIN KUGLER UND JAKOB ZIRM (Die Presse)

**Peak-Oil, Finanzkrise, Klimawandel, Pensionskollaps. Die Liste möglicher Horrorszenarien ist lang. Wie anpassungsfähig ist unser System und sind wir fähig zukünftige Krisen und Schocks zu überwinden?**

Einerseits sind sie in der Regel gut informiert, welche Zukunftserwartungen und -ängste in der Führungselite vorherrschen. Andererseits sprechen sie meist nicht gerne darüber. Vor allem dann, wenn es um negative und beunruhigende Entwicklungen geht und sie für allfällige Zitate nicht ans mediale Kreuz geschlagen werden wollen.

Journalisten können dieses Problem mit dem sogenannten „off-records“-Gespräch lösen, in dem die Information aufgenommen, der Person später aber nicht direkt zugewiesen wird. Ein ähnliches System wird auch in der Arena-Analyse verwendet, die vom Beratungsunternehmen Kovar & Köppl in Kooperation mit der „Presse“ erstellt wurde. Dabei wurden 42 Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und NGOs befragt, welche Themen aus ihrer Sicht künftig brisant werden, derzeit aber noch zu geringe mediale Aufmerksamkeit erhalten würden. Hintergrund dieses Vorgehens ist die Theorie, dass viele Themen in Fachkreisen bereits seit Längerem diskutiert werden, bevor sie in der breiten Öffentlichkeit „eskalieren“.

Aus der sehr offen gestalteten Fragestellung kristallisierten sich einige Themen heraus, die den Experten offenbar besonders unter den Nägeln brennen – vom Klimawandel über die demografische Entwicklung und der sinkenden Lösungskapazität der politischen Institutionen bis hin zur wirtschaftlichen Lage. „Die Presse“ hat sich die Schlussfolgerungen der Experten genau angesehen und bei fünf wichtigen Themenbereichen die aktuelle Situation und die möglichen Risiken analysiert.

## **Konjunktur eines neuen Begriffs**

Auffallend war bei der heurigen Arena-Analyse – sie wird seit 2006 jedes Jahr durchgeführt –, dass der Begriff „Resilienz“ häufig genannt wurde. Dieses Wort ist in der politischen Debatte relativ neu: Es lässt sich am ehesten noch mit „Widerstandsfähigkeit“ übersetzen – in dem Sinne, dass Systeme so beschaffen sein sollten, dass sie Schocks, Störungen von außen oder Katastrophen besser überstehen können. Dieser Gedanke zeige sich in einer bestimmten Herangehensweise an Risiken, schreiben die Studienautoren: „Im Mittelpunkt stehen weniger die Vorkehrungen, die verhindern können, dass eine ungünstige Entwicklung eintritt. Es geht vielmehr darum, mit den Folgen fertig zu werden.“ So unterschiedlich die von den Entscheidungsträgern genannten Risiken und Problemfelder auch sind, allen ist gemein, dass es keine einfachen Lösungen gibt: „Der Weg zu einer höheren Resilienz der europäischen Gesellschaft erfordert ein Umdenken. Viele Prinzipien des westlichen Wertesystems müssen auf ihre Haltbarkeit hin überprüft werden.“ Die Wege zu resilienteren Systemen sind noch sehr vage. Einig sind sich die Experten nur, dass der politische Stillstand überwunden und der öffentliche Diskurs gestärkt werden müssen.

Diese Debatte läuft in Fachkreisen. Die Studienautoren von Kovar & Köppl wollten jedoch nicht auf abschließende Ergebnisse warten und haben unmittelbar anwendbare Schlussfolgerungen für die Unternehmensführung abgeleitet. Zentral sei dabei das strategische Denken. „Zur Zeit ist das

Abwarten auf bessere Zeiten fatal.“ Wenn die Situation erst einmal eskaliere, dann schwänden die Handlungsspielräume und die Kosten für kurzfristige Anpassungen schnellten in die Höhe. Angesagt sei ein „Fahren auf Sicht“, bei dem gleichzeitig der Blick nach vorne und auf das Umfeld gerichtet sein müsse. Das führt zu Schlagwörtern wie dem „Management von politischen Risiken“ und der Einbeziehung von „Umfeldrisiken“ in das Risikomanagement. Und zu einer neuen Disziplin: dem „systematischen Chancen-Management“.

## **1. Klimawandel**

Einige Fakten sind wissenschaftlich kaum mehr zu bezweifeln: Die Erde erwärmt sich, und der menschengemachte CO<sub>2</sub>-Ausstoß hat etwas damit zu tun. Das Jahr 2011 brachte den höchsten Treibhausgas-Ausstoß aller Zeiten. Es gab zwar keinen neuen globalen Temperaturrekord, das Vorjahr war das zehntwärmste seit Beginn der Aufzeichnungen. In Österreichs Bergen war 2011 indes das wärmste Jahr seit 1851: Es war um 1,6 Grad wärmer als im Durchschnitt des 20. Jahrhunderts. Dass das Folgen hat, ist klar: So haben europäische Wissenschaftler kürzlich herausgefunden, dass kälteadaptierte Pflanzen zunehmend von wärmeliebenden Arten verdrängt werden – und zwar viel schneller und stärker als erwartet.

In der Fachcommunity setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, dass der „mühsame Weg der kleinen Schritte durch allmähliches Absenken der CO<sub>2</sub>-Emissionen offenkundig wenig fruchtet“, wie in der Arena-Analyse nachzulesen ist. An der grundsätzlichen Dringlichkeit der Reduktion von Treibhausgasen werde zwar nicht gerüttelt. Doch erwartet wird, dass im nächsten Bericht des UN-Weltklimarates ein wesentlich ausführlicheres Kapitel über Anpassungsstrategien enthalten sein werde.

### **Von den Ursachen zu den Folgen**

Das deckt sich mit einigen Entwicklungen, die in der globalen Umweltdebatte zuletzt zu beobachten waren. Etwa bei Naturkatastrophen: Während bis vor fünf Jahren eine stetige Zunahme von Naturereignissen beklagt wurde, hat sich der Schwerpunkt auf die angerichteten Schäden verlagert. Der Begriff der „Verletzbarkeit“ wurde eingeführt, er sagt aus, wie empfindlich ein Wirtschafts- oder ein soziales System für Schocks von außen ist. Von dort zur nunmehrigen Konjunktur des „Resilienz“-Begriffs ist es nicht mehr weit: Es geht darum, die Folgen einer Entwicklung, die man nur schwer bekämpfen kann, abzuschwächen. Die Weltgemeinschaft hat immerhin versprochen, 100 Milliarden Euro bis zum Jahr 2020 für klimageschädigte Entwicklungsländer reservieren zu wollen.

## **2. Demografie**

Grundsätzlich ist die Ursache dieses Problemfeldes positiv: Wir werden älter. Pro Jahr steigt die Lebenserwartung durchschnittlich um 100 Tage. Das Problem dabei ist jedoch, dass wir diese zusätzliche Zeit nicht im Arbeitsprozess, sondern in der Pension verbringen. „Während die Lebenserwartung ständig zunimmt, ist das offizielle Pensionsantrittsalter in den wenigsten Staaten angehoben worden. Das reale Pensionsantrittsalter ist in vielen Ländern seit den 1970er-Jahren bis vor Kurzem sogar gesunken“, wird ein Befragter in der Studie zitiert. Österreich hat im OECD-Vergleich das zweitniedrigste Pensionsantrittsalter – mit durchschnittlich 58,9 Jahren bei Männern

und 57,5 Jahren bei Frauen. Parallel dazu ist auch die Geburtenrate in den vergangenen Jahrzehnten stark gesunken. Künftig müssen also immer weniger Erwerbstätige eine immer größere Gruppe an Pensionisten finanzieren. Laut Staatsschuldenausschuss fließen im Jahr 2015 bereits 40 Prozent der Staatsausgaben in „vergangenheitsbezogene“ Bereiche wie Pensionen oder Zinsen. Das Altern der Gesellschaft hat aber nicht nur auf das Pensionssystem Auswirkungen. Auch das Gesundheitssystem wird durch die stärkere Nachfrage nach Gesundheitsleistungen gefordert.

### **Generationen: Konflikt statt Vertrag?**

Diese Problematik wird nach Ansicht der Studienteilnehmer in ihren Folgen grob unterschätzt bzw. verharmlost. „Die Pensionsfrage ist vergleichsweise einfach steuerbar. Die Lösungen müssen von der Politik aber gewollt werden.“ Von dieser werde das Thema bislang jedoch lediglich diskutiert, ohne Maßnahmen zu setzen. Dadurch könnte aus dem Generationenvertrag ein Generationenkonflikt werden, befürchten einige Befragte. Dieser könnte durch eine aufgrund der Migration unterschiedliche ethnische Zusammensetzung der Altersgruppen noch verschärft werden. „Die ältere Generation wird ethnisch vergleichbar mit heute sein. Die jüngere Generation wird aber zu einem sehr hohen Prozentsatz einen deutlich anders akzentuierten ethnischen Mix zeigen.“

### **3. Energie**

Der Ölpreis gilt als die Fieberkurve der Weltwirtschaft. Kommt es zu einem Anstieg, verteuern sich auch Gas und Strom. Kurzfristige Ölpreisschocks haben in der Vergangenheit öfters Weltwirtschaftskrisen ausgelöst oder waren zumindest Vorboten dieser – wie im Sommer 2008. Viel spricht dafür, dass es auch künftig zu neuen Ölschocks kommen wird. Als wahrscheinlichster Auslöser werden von Experten politische Unruhen im Nahen Osten genannt. Aber auch der Nachfrageboom in den : aufstrebenden Schwellenländern sorgt für eine zunehmende Angebotsverknappung. Der Flaschenhals sind dabei nämlich weniger die gesamten Ölreserven, sondern vielmehr die tägliche Produktionsmenge. Diese liegt zur Zeit bei rund 85 Millionen Fass pro Tag und findet ihr geschätztes Limit bei etwa 100 Millionen Fass.

#### **Unabhängig von Preisschocks werden**

Um das System unabhängiger von künftigen Preisschocks zu machen, ist laut den in der Studie befragten Experten ein Umstieg auf andere Energieträger notwendig. Und aufgrund der geplanten Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes müssten dies vor allem erneuerbare sein. Mehrere Mitglieder des Analyse-Panels erwarten daher „das weitgehende Ende des Ölzeitalters“. Dies dürfe aber nicht bedeuten, dass Öl einfach durch Kohlenwasserstoffe aus Biomasse ersetzt werde. Denn das würde zu Problemen in der Nahrungsmittelversorgung führen.

Gefragt sei vielmehr eine „Biobased Economy“, bei der die Wirtschaft widerstandsfähig gegenüber Ölpreisschocks oder Strafzahlungen für CO<sub>2</sub>-Emissionen wird. Bei dieser müsse es aber einen integrierten Stoffkreislauf und eine Nutzungshierarchie geben, um die ebenfalls begrenzte Biomasse möglichst sinnvoll einzusetzen. Demnach hätte die Verwendung als Nahrungsmittel Priorität, gefolgt von der stofflichen in der chemischen Industrie und der energetischen Nutzung erst zum Schluss. „In Ländern wie China, Russland oder Brasilien läuft darüber bereits eine intensive Debatte. Bei uns ist das bestenfalls ein Randthema“, wird ein Studienteilnehmer zitiert.

#### **4. Finanzmarkt**

An den Finanzmärkten nahm die Wirtschaftskrise im Jahr 2008 ihren Ursprung. Inzwischen hat sich die Situation auf dem Sektor wieder beruhigt, und die Krise ist zu den Staaten „weitergewandert“. Dennoch gibt es die Befürchtung, dass sie in Form einer Bankenkrise zurückkehren könnte. Um dies – und andere neuerliche Krisen – zu verhindern, wird vielfach eine stärkere Regulierung des Finanzsektors gefordert. Im Rahmen der größeren Eigenkapitalerfordernisse für Banken ist dies zum Teil auch bereits in der Umsetzung.

#### **Gigantisches Ausmaß an Buchgeld**

Als Ursache für mögliche künftige Krisen wird häufig das gigantische Ausmaß der Finanzwirtschaft im Verhältnis zur restlichen Wirtschaft gesehen. So beträgt das globale Bruttosozialprodukt etwa 60 Billionen Dollar. Das Volumen der gesamten Finanzwirtschaft wird auf 2000 Billionen Dollar geschätzt. „Die Investoren ertrinken in Scheinvermögen“, heißt es in der Studie. Durch gewaltige Hebel könnten somit Preise auf Märkten beeinflusst werden, ohne dass es dafür fundamentale Gründe gibt. Allerdings kann Überregulierung die Volatilität auf den Finanzmärkten sogar verstärken, wie eine EU-Studie zum Verbot von Leerverkäufen zeigte.

Neben den realen Fakten gibt es bei diesem Thema aber auch noch eine psychologische Frage. So machen sich in immer größeren Teilen der Bevölkerung Wut und Ärger über „die für die Krise verantwortliche Finanzwirtschaft“ breit. Befeuert wird dies oft durch hohe Jugendarbeitslosigkeit, die in elf der 27 EU-Staaten bei über 25 Prozent liegt. „Werden die Kapitalmärkte nicht der aktuellen Intransparenz entrissen, wird sich daran ein gewalttätiger Volkszorn entzünden“, prophezeit ein Befragter der Studie.

#### **4. Ressourcen**

Alle Ressourcen werden knapper, der Verteilungskampf unter der wachsenden Weltbevölkerung wird schärfer. Darin sind sich alle Studienteilnehmer einig – und auch darin, dass es keinen einfachen Ausweg aus diesem existenzbedrohendem Dilemma gibt. Ein drastisches Beispiel sind die „Seltene Erden“, das sind Metalle wie Yttrium, Lanthan oder Cer, die die Elektronikindustrie dringend benötigt, die aber nur an wenigen Stellen der Erde vorkommen. Als möglicher Ausweg werden bessere Recycling-Technologien genannt. „Die Trash-Industries könnten in den nächsten Jahrzehnten die Creative- und Content-Industries ablösen“, heißt es in der Studie. Auf österreichischer Ebene sei eine Diskussion über die Nutzung von Wald und Wasser zu erwarten.

#### **Kampf um Flächen**

„Die Sicherheit der Lebensmittelversorgung kann zu einer politischen Kernfrage der Zukunft werden“, vermuten die Experten. Ohne „Seltene Erden“ kann der Mensch – wenn auch mit geringerem Komfort – leben, ohne Essen hingegen nicht. Unzählige Faktoren spielen da hinein: von Weltpolitik über Klimawandel und Demografie bis hin zur Flächenkonkurrenz. Ein Rezept gibt es folglich nicht – auch nicht in dieser Studie.

(„Die Presse“, Print-Ausgabe, 12.01.2012)